

Widerstand und Demokratie

Zu Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar dieses Jahres erwarteten viele, dass es zu einer raschen Niederlage der ukrainischen Streitkräfte kommen würde. Doch schon bald stellte sich heraus, dass es sich dabei um eine Fehleinschätzung handelte. Die Ukraine offenbart ein hohes Widerstandspotenzial. Gleichzeitig treten die Probleme der russischen Armee immer deutlicher zutage. Über die Frage, wie die Menschen in Russland zu Putins Krieg stehen, wird indes seit langem gerätselt. Ergebnisse von Meinungsumfragen, die eine breite Zustimmung nahelegen, sind mit Vorsicht zu genießen. Sie werden mitunter von Instituten durchgeführt, die dem Kreml nahestehen. Außerdem ist davon auszugehen, dass die Menschen aus Angst vor Repression ihre wahren Ansichten geheim halten. Auch aufgrund der enormen Verbreitung von Propaganda und Desinformation muss die Aussagekraft dieser Umfragen angezweifelt werden.

Der Osteuropa-Forscher Nikolay Mitrokhin führt in einem Blogbeitrag der Zeitschrift *Osteuropa*¹ einige Indizien auf, die darauf hindeuten, dass die Unterstützungsbereitschaft der russischen Bevölkerung geringer ist, als häufig angenommen wird. Anders als beim Einmarsch russischer Truppen in den Donbass 2014 blieben im Februar 2022 die Kundgebungen von Kriegsbefürwortern aus. Stattdessen kam es zu Protesten, die allerdings zu massiven Bestrafungen führten. In einem diktatorischen Regime, das auf Unterdrückung und Repression setzt, so Mitrokhin, sei Schweigen nicht so sehr als Ausdruck von Unterstützung, sondern vielmehr als verweigerte Zustimmung zu werten. Für diese Form des »passiven Widerstands« sieht er weitere Anzeichen: Ein Großteil der Menschen lehne es ab, die Buchstaben Z und V als Zeichen der Kriegsunterstützung zu tragen – anders als 2014, als Millionen von Menschen das orange-schwarze Georgsbändchen als Symbol der Zustimmung sichtbar an der Kleidung oder am Auto befestigt hatten. Auch würden die Rekrutierungsprobleme der russischen Armee auf eine weit verbreitete Ablehnung des Krieges hindeuten. Zeitsoldaten weigerten sich, nach Ablauf ihres Vertrags weiterzukämpfen, einige verletzten sich gar selbst, um dem Einsatz an der Front zu entkommen. Um Freiwillige zu gewinnen, würden sämtliche Register gezogen: Der Sold werde angeho-

1 Nikolay Mitrokhin 2022. »Passiver Widerstand. Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Haltung der Gesellschaft«, in *Osteuropa* vom 5. September 2022. <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/passiver-widerstand/> (Zugriff vom 26.10.2022).

ben, und mit dem Versprechen auf Hafterleichterung werde selbst in Straflagern und Untersuchungsgefängnissen um Rekruten geworben. Doch diese Maßnahmen reichen offenbar nicht aus. Die Teilmobilmachung, die Putin Ende September verkündete, ist als Konsequenz daraus zu verstehen. Die Reaktionen darauf scheinen wiederum Mitrokhins Annahme der geringen Unterstützungsbereitschaft der russischen Gesellschaft zu bestätigen. Der passive Widerstand verwandelte sich zum ersten Mal seit dem Beginn des Krieges wieder in einen aktiven: In verschiedenen Städten kam es zu größeren Protesten. Viele von der Mobilmachung betroffene Männer versuchten, das Land zu verlassen – was dazu führte, dass Putin die Strafen für Fahnenflucht drastisch verschärfte.

Aus all dem zu schließen, dass die Menschen in Russland auf Seiten der Ukraine stünden, so Mitrokhin, wäre jedoch falsch. Aber: Ein Großteil der Menschen sehe »keinen persönlichen Vorteil in diesem Krieg. Sie fürchten vielmehr seine Folgen und versuchen, sich so fern wie möglich von ihm zu halten«. Nicht wenige mutmaßen daher inzwischen, dass Putin eines Tages ein ähnliches Schicksal wie Krösus, den König der Lyder, ereilen könnte. Als Krösus im 6. Jahrhundert vor Christus mit dem Gedanken spielte, die Perser anzugreifen, befragte er das Orakel von Delphi nach seinen Erfolgsaussichten. Es antwortete, dass er ein großes Reich zerstören werde. In der Überzeugung, dass es sich dabei um das persische Reich handeln würde, begann Krösus den Krieg. Doch er lag falsch: Die Perser siegten. Es war sein eigenes Reich, das er damit zerstörte.²

Neben den politischen Einstellungen der Menschen in Russland hat in den letzten Monaten auch der Umgang der ukrainischen Gesellschaft mit dem Krieg viel Aufmerksamkeit erfahren. Immer wieder wird dabei ihr enormes Widerstandspotenzial hervorgehoben. Dass Putins Aussicht auf militärischen Erfolg schwindet, wird nicht nur der Schwäche seiner Armee, sondern auch der Stärke der ukrainischen Gesellschaft zugeschrieben. Wie lässt sich diese verstehen und erklären? Unsere Autorin *Susann Worschech* argumentiert in ihrem Beitrag, dass die Widerstandskraft der Ukraine eng mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft und ihrer Protestkultur verwoben ist. Ausgehend von der Entstehung oppositioneller Gruppen in der sowjetrepublikanisch geprägten Nachkriegszeit zeichnet sie die verschiedenen Revolutionen – von der Granitrevolution 1990 über die Orangene Revolution 2004 bis hin zum Euromaidan 2014 – nach und analysiert, welche Handlungskapazitäten und Wertesets die Zivilgesellschaft in dieser Zeit aufgebaut hat, die den gegenwärtigen Widerstand der Ukraine gegen die russische Aggression maßgeblich begünstigen.

2 <https://de.wikipedia.org/wiki/Kr%C3%B6sus> (Zugriff vom 26.10.2022).

Die Revolutionen in der Ukraine wurden vom Wunsch nach Selbstbestimmung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit angetrieben. Der Kampf für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist auch Gegenstand des Beitrags von *Theresa Reinold*. Sie untersucht die Effekte und Erfolgsbedingungen der sogenannten hybriden Kommissionen gegen Straflosigkeit in Zentralamerika, die mit dem Ziel etabliert wurden, Korruption zu bekämpfen und der zunehmenden Erosion der Rechtsstaatlichkeit Einhalt zu gebieten. Sie sind jedoch mit einem Problem konfrontiert, das als »Ikarus-Paradox« bekannt ist: Sobald sie in die obersten Zirkel vordringen und auch die Mächtigsten des Landes unter Korruptionsverdacht stellen, laufen sie Gefahr, »sich die Flügel zu verbrennen« und abgeschafft zu werden. Reinold arbeitet zwei Bedingungen heraus, die nötig sind, um angesichts dieses Dilemmas die Erfolgschancen der Kommissionen zu erhöhen: die Kooperation mit Verbündeten innerhalb (vor allem die Generalstaatsanwaltschaft) und außerhalb des betroffenen Landes sowie die Unterstützung durch die Gesamtgesellschaft. So bewirkte die breite gesellschaftliche Mobilisierung während des »guatemaltekischen Frühlings« im Jahr 2015 letztlich den Rücktritt des damaligen Präsidenten Otto Pérez Molina sowie der Vizepräsidentin Roxana Baldetti, nachdem die Kommission gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft ein bis in höchste Regierungskreise reichendes Korruptionsnetzwerk aufgedeckt hatte.

Der gesellschaftliche Protest in Zentralamerika und die Revolutionen in der Ukraine lassen sich – etwas abstrakter gefasst – als Infragestellungen der herrschenden Verhältnisse und Versuche ihrer Transformation und Neuordnung begreifen. Für diese Tätigkeit der hinterfragenden Weltgestaltung hat die radikale Demokratietheorie den Begriff des »Politischen« geprägt, den sie klar von der »Politik« als bestehender institutionalisierter Ordnung unterscheidet. Dieser Differenzierung liegt die für die radikale Demokratietheorie wesentliche Vorstellung zugrunde, dass soziale und politische Ordnungen kontingent und damit grundsätzlich gestaltungsoffen – aufgrund ihrer historischen Gewordenheit aber nicht beliebig gestaltbar – sind. Radikaldemokratische Ansätze teilen die Annahme, dass es im demokratischen Zeitalter keine festen Orientierungspunkte gibt, auf denen politische und soziale Ordnungen errichtet werden können. Der Ort der Macht bleibt, wie es bei Claude Lefort heißt, leer. Es wird davon ausgegangen, dass jede Besetzung temporär ist und grundsätzlich herausgefordert werden kann. Das schließt konzeptionell auch die Möglichkeit totalitärer Versuche ein, die postfundamentalistische Leerstelle wieder substantiell zu füllen und die demokratische Ordnung als solche infrage zu stellen.

Die radikale Demokratietheorie hat sich mittlerweile als eigenständiges und erfolgreiches demokratietheoretisches Paradigma etabliert. Obwohl sie

große Aufmerksamkeit in der politikwissenschaftlichen Disziplin auf sich zieht, wird sie immer wieder mit grundlegenden Einwänden konfrontiert, die letztlich auch auf die mangelnde Anschlussfähigkeit an etablierte demokratietheoretische Positionen zielen. Zum einen wird ihr vorgeworfen, sich durch ihren Fokus auf das kritische Befragen der gesellschaftlichen Ordnung gegenüber drängenden institutionentheoretischen Fragestellungen zu verschließen. Dieser Einwand bildet den Ausgangspunkt des Beitrags von *Julian Nicolai Hofmann* und *Dirk Jörke*. Ihr Anliegen ist es, das institutionentheoretische Defizit der radikalen Demokratietheorie anhand des Lebens und intellektuellen Wirkens Claude Leforts als einem ihrer prominentesten Vordenker gewissermaßen ideengeschichtlich zu ergründen. Sie zeichnen Lefort als Repräsentanten einer französischen Linken, die im Kontext der Totalitarismuskritik der 1960er und 1970er Jahre eine zunehmend liberale, zuweilen gar libertäre Auffassung von Staat und Gesellschaft entwickelte. Die gegenwärtige Institutionenskepsis der radikalen Demokratietheorie führen die Autoren auf eine »kontextentleerte Lektüre« Leforts zurück, die verkenne, »dass eine apodiktische Kritik der zentralen Institutionen der fordistischen Moderne [...] sowie die Disqualifikation der ›Sozialen Frage‹ zugunsten eines zivilgesellschaftlichen Individualismus im Denken des französischen Intellektuellen zentral angelegt sind«.

Neben einem institutionentheoretischen Defizit wird der radikalen Demokratietheorie zudem ein Normativitätsproblem unterstellt, welches wiederum zwei Stoßrichtungen hat: Einerseits wird kritisiert, dass sie aufgrund der ihr zugrundeliegenden Kontingenzannahme nicht verlässlich zwischen emanzipatorischen und anti-emanzipatorischen Infragestellungen der politischen Ordnung unterscheiden könne. Andererseits wird konstatiert, dass radikaler Demokratietheorie sehr wohl eine Normativität eigen sei, die allerdings nicht ausgewiesen und erst recht nicht begründet werde. In seinem Beitrag versucht *Oliver Flügel-Martinsen* beide Einwände – das Institutionendefizit sowie das Normativitätsproblem – zu entkräften. Er argumentiert, dass sich die radikale Demokratietheorie dem Normalisierungsdruck, der in den Vorwürfen zur Geltung komme, entziehen müsse. In diesem Sinne verteidigt er ein Verständnis von radikaler Demokratietheorie als kritisch befragenden Theorietypus, der durchaus institutionelle und normative Implikationen habe, sich allerdings »weder auf den Entwurf von Institutionenmodellen noch auf die Begründung normativer Positionen einlassen kann, ohne den radikal-kritischen Impetus einzubüßen, der ihn vor allem auszeichnet«.

In ihrer Replik kritisiert *Sara Gebh*, dass Flügel-Martinsens Verständnis von radikaler Demokratietheorie als ausschließlich kritischer Befragung hinter ihrem Potenzial zurückbleibe. Ihr Anliegen ist es, eine Verteidigungsstra-

tegie zu entwickeln, die offensiver ist, ohne den Anspruch der Kontingenzaffirmation zu unterlaufen. Zum einen plädiert sie dafür, die normativen Prämissen der radikalen Demokratietheorie transparent zu machen; zum anderen schlägt sie vor, ihre Möglichkeitseröffnende Rolle dafür zu nutzen, institutionelle Ordnungen nicht nur zu kritisieren, sondern darüber hinaus auch institutionelle Alternativen aufzuzeigen. Beide Strategien zielen der Autorin zufolge darauf, die radikale Demokratietheorie aus ihrer »Selbstmarginalisierung« zu befreien und sie für einen produktiven Dialog mit anderen politischen Theorien beziehungsweise Demokratietheorien zu öffnen.

Der *Leviathan* zeichnet sich im Unterschied zu vielen anderen wissenschaftlichen Zeitschriften insbesondere durch zwei Charakteristika aus. Der Anspruch der Herausgeberschaft ist es, Themen mit öffentlicher Relevanz zu verhandeln; gleichzeitig sollen diese aus unterschiedlichen disziplinären Blickwinkeln beleuchtet werden. Die Orientierung an Interdisziplinarität hat in den letzten Jahren wissenschaftspolitisch zunehmend an Bedeutung gewonnen. Doch wie genau lässt sie sich praktisch umsetzen? Wer den Versuch unternimmt, wird schnell feststellen, dass die Zusammenarbeit über disziplinäre Grenzen hinweg eine große Herausforderung darstellt, selbst wenn es sich um verschiedene Disziplinen *innerhalb* der Sozialwissenschaften handelt. Eine gemeinsame Sprache *zwischen* den Sozial- und Naturwissenschaften zu finden stellt sich umso schwieriger dar. Der Soziologe *Heinz Bude* und der Physiker *Dirk Brockmann* können davon aus eigener Erfahrung berichten. Sie haben sich gemeinsam an der »No Covid«-Initiative beteiligt, einer Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus ganz unterschiedlichen Disziplinen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Ideen für den gesellschaftlichen Umgang mit der Corona-Pandemie zu entwickeln (zum Konzept der »Sozialen Distanz« aus kulturgeschichtlicher Perspektive siehe den Essay von *Angela Schwarz* in diesem Heft). Im Interview mit *Leo Schwarz* und *Jan Wetzel* sprechen sie über ihre Zusammenarbeit und liefern dabei aufschlussreiche Antworten auf die Frage, wie interdisziplinärer Dialog gelingen kann.

Wenngleich Interdisziplinarität und Öffentlichkeits- beziehungsweise Praxisorientierung sowohl wissenschaftlich wie auch politisch erwünscht sind, ist im wissenschaftlichen Reputationssystem dafür bislang noch kein Platz vorgesehen. Geht es um beruflichen Erfolg in der Wissenschaft, zählen weiterhin in erster Linie Veröffentlichungen in meist disziplinär ausgerichteten, englischsprachigen *Peer-Review*-Zeitschriften, die über ein hohes Ranking in einem Zitationsindex (etwa dem Social Science Citation Index, kurz: SSCI) verfügen. Veröffentlichungen, die aus inter- beziehungsweise transdisziplinärer Zusammenarbeit entstehen und/oder ein erweitertes, auch nichtfachwis-

senschaftliches beziehungsweise nichtakademisches Publikum adressieren, sind zweitrangig. Die Häufigkeit von Zitationen, nicht die Qualität von Texten ist letztlich ausschlaggebend für die Vergabe von Fördermitteln und Stellen. Umso überraschender ist es, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in einem neuen Positionspapier den Wert der Bibliodiversität ins Zentrum rückt und die Notwendigkeit betont, ein alternatives Reputationssystem zu etablieren, das die Vielfalt von Veröffentlichungsformaten anerkennt. Gerade für den wissenschaftlichen Nachwuchs, hofft *Dagmar Simon* in ihrem Kommentar, wäre es dann wieder attraktiv, auch jenseits der indextierten *Peer-Review*-Zeitschriften zu veröffentlichen. Auch wenn der Weg dorthin weit und steinig werden dürfte: Für den *Leviathan* sind das gute Nachrichten!

In eigener Sache

»Man soll aufhören, wenn es am schönsten ist!« Dieses Sprichwort beschreibt meine aktuelle Situation außerordentlich gut. Nach beinahe fünf Jahren als verantwortliche Redakteurin des *Leviathan* habe ich mich, schweren Herzens, dazu entschieden, zu neuen Ufern aufzubrechen. Eine Zeitschrift lebt vom Engagement sehr vieler Menschen. Ich möchte daher nicht Lebewohl sagen, ohne mich bei allen Herausgeberinnen und Beiräten, Autorinnen und Gutachtern, bei meinem Kollegen Udo Borchert sowie beim Nomos-Verlag, im Besonderen bei Martin Reichinger, Achim Jander und Frank Schoch, für die angenehme, gewinnbringende und produktive Zusammenarbeit zu bedanken. Den Leserinnen und Lesern wünsche ich auch in Zukunft viel Freude bei der Lektüre des *Leviathan*!

Claudia Czingon